

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern****Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Mittwoch (Vormittag), 11. Juni 2014

Finanzdirektion**132 2014.0699 Motion 109-2014 FIKO-11 (Iseli, Zwieselberg)
UPI-Empfehlungen der externen Überprüfung konsequent umsetzen**

Vorstoss-Nr.: 109-2014
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☒
Geschäftsnummer: 2014.0699

Eingereicht am: 30.05.2014

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Ja
Eingereicht von: FIKO-11 (Iseli, Zwieselberg) (Sprecher/in)
FIKO-11 (Rhyn, Zollikofen)
Weitere Unterschriften: 3

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 05.06.2014 05.06.2014

RRB-Nr.: 744/2014744/2014 vom 02. Juni 2014 10. Juni 2014
Direktion: Finanzdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Punktweise beschlossen**
Ziffern 1 bis 5 und 7: Annahme
Ziffer 6: Ablehnung

UPI-Empfehlungen der externen Überprüfung konsequent umsetzen

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. die im Schlussbericht «Unabhängige Prüfung der Informatik im Kanton Bern (UPI)» enthaltenen Empfehlungen konsequent und zügig umzusetzen;
2. auf der Basis des UPI-Schlussberichts mit grösster Priorität eine übergreifende ICT-Strategie auszuarbeiten (Empfehlung Nr. A 01);
3. zur strategischen ICT-Führung im Kanton bis Ende 2014 eine IT-Delegation unter Einbezug einer Delegation des Regierungsrats einzusetzen (Empfehlung Nr. A 02);
4. die Frage zur Einführung eines ERP-Systems prioritär zu klären (Empfehlung G01);
5. für die Umsetzung (mindestens) der Ziffern 1, 2 und 3 eine geeignete, externe und unabhängige, mit umfassenden Kompetenzen ausgestattete Projektleitung beizuziehen.
6. Die Ausschreibung der externen Projektleitung hat in enger Absprache mit der GPK und der FIKO des Grossen Rats zu erfolgen. GPK und FIKO sind namentlich bei der Auswahl der Auftragnehmerin und beim Verfassen des präzisen Auftrags beizuziehen.
7. Es erfolgt ein regelmässiges periodisches Reporting der Projektleitung an GPK und FIKO, zum ersten Mal per 30. November 2014.

Begründung:

Aufgrund der FIKO/OAK-Motion «Unabhängige Prüfung der Informatik im Kanton Bern» wurde ein

umfassender Bericht erarbeitet. Der vom Grossen Rat bestellte Bericht zeigte, dass bei der Informatik in der Kantonsverwaltung erhebliche Mängel bestehen. Insbesondere zeigte die Prüfung substanzielle Defizite in der strategischen Führung der Informatik auf. Weiter identifizierte sie ein «Gärtli-Denken», direktionsübergreifende Synergien werden zu wenig genutzt und einzelne – durchaus vorhandene – Standardisierungsbemühungen werden durch zahlreiche Ausnahmen unterlaufen.

Die Erarbeitung des UPI-Berichts hat gezeigt, dass der Beizug eines Externen grosse Vorteile bringt, insbesondere den der Unabhängigkeit. Es macht Sinn, diese Grossbaustelle auch weiterhin von einer geeigneten externen Unternehmung begleiten zu lassen.

Ebenfalls bewährt hat sich die enge Begleitung der Erarbeitung des Berichts durch die damalige OAK und die FIKO. Es macht deshalb Sinn, auch die Umsetzung durch die parlamentarische Oberaufsicht begleiten zu lassen. Die Finanzlage des Kantons lässt keine andere Wahl, als hier – das Einsparungspotenzial wird auf 28–50 Millionen Franken jährlich veranschlagt – tätig zu werden. GPK und FIKO sind bereit, diese Arbeiten in einem vergleichbaren Rahmen wie die Erarbeitung des UPI-Berichts mit zu begleiten.

Es wird Dringlichkeit verlangt.

Begründung: Der UPI-Bericht hat grossen und auch dringenden Handlungsbedarf aufgezeigt. Mit der raschen Überweisung der Motion setzt der Grosse Rat ein klares Zeichen, dass er den Regierungsrat bei der Reorganisation der ICT im Rahmen der UPI-Empfehlungen unterstützt.

Antwort des Regierungsrats

Bei der vorliegenden Motion handelt es sich um eine Motion im abschliessenden Zuständigkeitsbereich des Regierungsrats (Richtlinienmotion). Der Regierungsrat hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grades der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrages. Die Entscheidungsverantwortung bleibt beim Regierungsrat.

Zu den Ziffern 1–5 und 7

Der Regierungsrat teilt die Forderung der Motionäre, wonach die im Schlussbericht des Projekts «Unabhängige Prüfung der Informatik im Kanton Bern» (UPI) aufgeführten Empfehlungen konsequent und zügig umzusetzen sind (Ziffer 1 der Motion). Dies hat er u. a. auch in seiner Medienmitteilung vom 4. April 2014¹ zum Ausdruck gebracht. Die Umsetzung der 46 Empfehlungen ist allerdings anspruchsvoll und komplex. Dieses Vorhaben wird den Regierungsrat, die Verwaltung und auch das Parlament während Jahren mit richtungsweisenden Fragen und anspruchsvollen Konzept- und Projektarbeiten konfrontieren. Nötig ist deshalb ein professionell gesteuertes Gesamtprojekt, in dessen Rahmen die Umsetzung der einzelnen Empfehlungen auch priorisiert werden muss. Dabei erachten die unabhängigen Experten der externen Projektleitung AWK in ihrem UPI-Schlussbericht die Erarbeitung einer ICT-Strategie als zwingende Voraussetzung für alle weiteren Arbeiten, und die Entwicklung einer ERP-Strategie wird mit der höchsten Prioritätsstufe 1 klassifiziert. Die entsprechenden Forderungen der Motionäre gemäss Ziffer 2 und 4 decken sich somit mit der Beurteilung der AWK, und auch der Regierungsrat schliesst sich dieser an. Bezüglich einer ERP-Strategie hat die Finanzdirektion denn auch bereits seit Herbst 2013 Vorarbeiten eingeleitet.

Für den Projekterfolg von entscheidender Bedeutung wird – auch gemäss Ansicht der AWK – sein, dass die Umsetzungsarbeiten sowohl vom Regierungsrat als auch von der obersten Verwaltungsebene getragen werden. Der Regierungsrat soll die Gesamtverantwortung für dieses Schlüsselprojekt übernehmen. Er sieht vor, dass im obersten Projektorgan, dem Gesamtprojektausschuss, eine Vertretung des Regierungsrats Einsitz nimmt. Der Regierungsrat klärt derzeit ab, ob es zweckmässiger ist, diese Vertretung im Gesamtprojektausschuss durch die Finanzdirektorin oder durch mehrere Regierungsräte wahrzunehmen.

Bei einem Projekt dieser Grössenordnung wird es sodann – wie in Ziffer 5 gefordert – zwingend sein, externe Unterstützung in Form einer externen Projektleitung beizuziehen. Selbstverständlich ist der Regierungsrat wie bei den bisherigen UPI-Projektarbeiten bereit, die Aufsichtskommissionen GPK und FIKO transparent und regelmässig über den Stand der Projektarbeiten mittels eines Reportings zu informieren (Ziffer 7).

Vor diesem Hintergrund beantragt der Regierungsrat, die Ziffern 1 bis 5 und 7 als Motion anzunehmen.

¹ http://www.be.ch/portal/de/index/mediencenter/medienmitteilungen/suche.meldungNeu.html/portal/de/meldungen/mm/2014/04/20140403_1638_regierungsrat_willinformatikkosten senken

Zu Ziffer 6

Die Motionäre fordern, dass das Mandat für die externe Projektleitung in enger Absprache mit der GPK und der FIKO auszuschreiben sei. Das Mandat für die bisherigen UPI-Arbeiten wurde im Frühjahr 2013 öffentlich ausgeschrieben, die Angebotsunterlagen wurden in enger Absprache mit der damaligen FIKO und OAK erstellt. Diese Unterlagen sahen in Ziffer 7.9 ausdrücklich vor, dass Folgeaufträge, die sich auf den Grundauftrag beziehen, im freihändigen Verfahren an den Zuschlagsempfänger des Grundauftrages vergeben werden können. Vor diesem Hintergrund lehnt es der Regierungsrat ab, das Mandat für die Projektleitung der UPI-Umsetzungsarbeiten erneut öffentlich auszuschreiben. Die AWK Group AG hatte das Ausschreibungsverfahren vom Frühjahr 2013 dank eines hervorragenden Preis-/Leistungsverhältnisses für sich entschieden. Sollte nun für die weiteren Projektarbeiten ein erneutes Ausschreibungsverfahren aufgestartet werden, so würde dies zu einer zeitlichen Verzögerung von mehreren Monaten bis zur Auswahl der externen Projektleitung und damit bis zum Start der Umsetzungsarbeiten führen. Diese Verzögerung gilt es nach Ansicht des Regierungsrats zu vermeiden. Sollte zudem ein anderer Anbieter als die AWK in einem solchen Verfahren den Zuschlag erhalten, so müsste sich dieser zuerst detailliert in den 300-seitigen UPI-Schlussbericht und weitere, sehr umfassende Grundlagendokumente einarbeiten, was wiederum viel Zeit in Anspruch nähme. Die Verwaltung müsste einen Teil ihrer in vielen Interviews und Sitzungen an die AWK vermittelten Grund- und Hintergrundinformationen auch einer neu einsteigenden externen Firma zugänglich machen, damit diese in der vorliegenden, komplexen Materie richtig Fuss fassen könnte. Zudem ist offen, ob ein neuer Akteur bezogen auf die spezifische Situation des Kantons Bern dieselbe Qualität der Expertendienstleistungen sicherstellen könnte, wie sie AWK ganz offensichtlich bewiesen hat. Aus diesen Gründen sieht der Regierungsrat keinen Mehrwert, wenn nun erneut ein aufwändiges Ausschreibungsverfahren durchgeführt würde. Der Regierungsrat sieht deshalb vor, die Gesamtprojektleitung für die Umsetzung der UPI-Ergebnisse im freihändigen Verfahren der AWK Group AG zuzuschlagen, weshalb er die Ziffer 6 der Motion zur Ablehnung empfiehlt. Dieses Vorgehen ist nicht nur im Rahmen der Ausschreibung offen kommuniziert worden, sondern ist auch in rechtlicher Hinsicht einwandfrei. Hingegen sollen bei den Mandaten für die Projektleitung von Teilprojekten (namentlich für die Führung bzw. Unterstützung im Teilprojekt ERP-Strategie, wo sich AWK gemäss ihren Angaben wegen fehlender Sachnähe nicht bewerben würde) eine öffentliche Ausschreibung oder die befristete Anstellung geeigneter Projektleiterinnen oder Projektleiter geprüft werden.

Der Regierungsrat beantragt:

Punktweise beschlossen

Ziffer 1–5 und 7: Annahme, Ziffer 6: Ablehnung

Präsidentin. Tous les bulletins ont été ramassés. Nous continuons donc tout de suite avec la motion qui été acceptée en urgence, Audit indépendant de l'informatique: mettre les recommandations des experts en œuvre. *(Die Präsidentin läutet die Glocke.)* Vous avez reçu la réponse de cette motion. Primo, nous sommes en débat réduit, je le rappelle, donc deux minutes. *(Die Präsidentin bittet die Ratsmitglieder um Aufmerksamkeit)* Secundo, le Conseil-exécutif est prêt à accepter les points 1 à 5. Est-ce qu'un des points entre 1 et 5 est contesté? – Non. Le point 6, on y viendra plus tard, et le point 7 n'est non plus pas contesté par le Conseil-exécutif. Est-ce que quelqu'un conteste le point 7? – Ce n'est pas le cas. Je vous prie de vous concentrer seulement sur le point 6, vu que nous sommes tous d'accord sur le reste et nous n'avons pas besoin de discuter. M. Iseli, M. le motionnaire, vous avez la parole.

Jürg Iseli, Zwieselberg (SVP), Präsident der Finanzkommission. Wir haben hier den Vorstoss der GPK und der FiKo auf dem Tisch, den wir in dieser Session per Ordnungsantrag nachtraktandierten. In seiner Antwort sagt der Regierungsrat, die Ziffern 1–5 und Ziffer 7 seien unbestritten. In diesem Sinn sage ich lediglich zu Ziffer 3 etwas, weil dazu die Antwort etwas verschwommen ausfiel. In Ziffer 3 fordern wir ganz klar, dass die strategische Führung der IT-Delegation beim Regierungsrat liege. Die Meinung der GPK und der FiKo ist, dass eine Dreierdelegation des Regierungsrats die Führung übernehmen und dies zur Chefsache erklären solle. Zu Ziffer 6, die der Regierungsrat zur Ablehnung beantragt, entspricht seine Antwort eigentlich der Meinung der Motionäre. Die Formulierung der Ziffer mag vielleicht etwas unglücklich sein, indem wir fordern, die externe Projektleitung einmal mehr auszuschreiben. Mit der AWK-Gruppe haben sowohl die GPK als auch die FiKo kein Problem; wir wissen um die Kompetenz dieser Organisation. Also sind wir auch voll einverstanden, dass die Folgeprojekte, die nicht im Rahmen des UPI-Berichts erarbeitet wurden, bei der AWK-

Gruppe bleiben und wir da keine weiteren Massnahmen und Ausschreibungen fordern. Hingegen schreibt der Regierungsrat, dass auch Teilprojekte des Projekts selbst noch nicht durch die AWK Group unterstützt würden. Somit fordern wir in dieser Ziffer eine öffentliche Ausschreibung. Müssen also weitere Teilprojekte vergeben werden, möchten die GPK und die FiKo einbezogen werden. Zögen wir jetzt diese Ziffer zurück, würden wir damit erklären, dass wir an der weiteren Auswahl nicht mehr teilnehmen möchten. Deshalb erhalten wir sie aufrecht, sind aber mit der Antwort des Regierungsrats einverstanden und hoffen auf dessen Verständnis. Ich bitte Sie, diese Motion in allen Ziffern zu überweisen.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP). Die EVP steht voll und ganz hinter diesem Vorstoss, auch hinter Ziffer 6. Aufgrund der Reaktionen des Regierungsrats auf den UPI-Bericht war uns klar, dass wir nochmals nachstossen müssten. Deshalb danke ich noch der alten Finanzkommission, dass sie die Legislatur nicht einfach «het la usplampe», sondern das heisse Eisen nochmals anpackte. Als der Bericht erschien, sagte Frau Regierungsrätin Simon, für sie als Regierungsrätin sei er eine Richtschnur. Das heisst für uns so viel wie: «Als Regierungsrat setzen wir das um, was uns dünkt.» Darum ist es wichtig, nochmals nachzuhaken. Wollen wir den Bericht nämlich umsetzen, soll er greifen, bedeutet das eine Art Paradigmenwechsel, ein Wechsel der Strategie in der Informatik der Kantonsverwaltung, und das ist also eine relativ grosse Kiste.

Deshalb sind wir nicht einverstanden damit, dass der Regierungsrat die Motion als Richtlinienmotion bezeichnet. Nehmen wir sie an, sind zumindest ein Teil der Ziffern keine Richtlinien. Es liegt nicht einfach im Ermessen des Regierungsrats, wie er die Ziffern umsetzen will. Vor allem betrifft dies die Ziffern 2, 3 und 5. Anhand von Ziffer 3 erläutere ich, wie das aus unserer Sicht gemeint ist. Darin geht es um die Empfehlung Nr. A 02 im UPI-Bericht. Bei dieser Empfehlung kann man folgenden Kernsatz lesen: «Gegenwärtig liegt diese Verantwortung beim Regierungsrat, dessen Aufgaben- und Verantwortungsspektrum es aber verunmöglicht, sich konsequent um die Umsetzung der strategischen Vorgaben zu kümmern. Entsprechend wird empfohlen, diese strategisch-taktische Steuerung der ICT einem gesamtstaatlichen Gremium zuzuweisen.» Diesem gesamtstaatlichen Gremium muss sicher auch eine Delegation des Grossen Rats angehören. Wir sind für Annahme der ganzen Motion.

Fritz Ruchti, Seewil (SVP). Ich rede hier einerseits als Mitmotionär, weil Hans-Jörg Rhyn als ehemaliger Präsident der GPK, früher OAK, nicht mehr dem Rat angehört, und zweitens als Fraktionsvertreter der SVP. Vorerst danke ich recht herzlich für die Antwort des Regierungsrats auf die Richtlinienmotion, wonach er gewillt ist, alle Ziffern mit Ausnahme von Ziffer 6 auch hier im Rat unterstützen zu helfen und durchzuwinken. Ich bin mir bewusst, dass eine Richtlinienmotion vom Regierungsrat etwas eigenwillig umgesetzt werden kann. Genau deswegen meinten die FiKo und die heutige GPK – damals OAK –, man möchte in Bezug auf Ziffer 6 auch weiterhin «der Mähre zum Oug luege». Das ist kein Misstrauensantrag, aber doch ein Zeichen, dass wir im Fall, dass uns bei der Umsetzung etwas als nicht richtig erschiene und wir dort noch Handlungsbedarf sähen, in einem Gespräch Einfluss nehmen könnten. Ich betone: in einem Gespräch. Liebe Kolleginnen und Kollegen im Grossen Rat, ich empfehle Ihnen persönlich als Mitmotionär und im Namen der SVP, die ganze Motion in allen Ziffern anzunehmen, auch in Ziffer 6.

Rita Haudenschild, Spiegel (Grüne). Die OAK, also die jetzige GPK, und die FiKo warteten gespannt auf die Antwort des Regierungsrats zum Bericht über die Überprüfung der Informatik. Wir waren denn ein wenig enttäuscht von der Medienmitteilung; der Regierungsrat konnte nicht überzeugend aufzeigen, dass er die Defizite angehen will, und zwar rasch. Die Antwort fiel fast ein wenig zögerlich und unverbindlich aus. Darum liegt jetzt diese Richtlinienmotion auf dem Tisch, mit der wir nachzuhelfen versuchten. Wir müssen jetzt den durch die Überprüfung ausgelösten Schwung nutzen. Immerhin waren doch grosse Mängel festgestellt worden und wurde aufgezeigt, dass ein Sparpotenzial bestünde. Geschätzter Regierungsrat, nutzen Sie diesen Schwung, setzen Sie die Empfehlungen um! Auf Dauer wird es nicht bloss günstiger sein, sondern die Aufgaben können effizienter und zeitgemässer umgesetzt werden.

Die Grünen sind jetzt mit der Antwort des Regierungsrats zu der Richtlinienmotion einverstanden und werden allen Ziffern zustimmen. Ziffer 6 wird der grösste Teil von uns ablehnen, weil wir den Eindruck haben, der Regierungsrat könne – wie er es beschreibt – da autonomer und rascher handeln. Die Grünen lehnen also Ziffer 6 ab, wie es der Regierungsrat in seiner Antwort beantragt.

Jakob Etter, Treiten (BDP). Ich darf daran erinnern, dass bei den Direktionsbesuchen 2012 die Frage der Informatik eingehend behandelt wurde. Wer schon länger dabei ist, mag sich erinnern, dass damals Kollege Matthias Tromp das Schwergewicht in den einzelnen Direktionen auf die Informatik legte und das Problem mehrmals aufgriff. Daraus entstand diese FiKo-/OAK-Motion zur Überprüfung der Informatik. Anfang April wurde uns der entsprechende Bericht vorgestellt. Er bestätigt die Feststellungen der FiKo, attestiert der Verwaltung eine gute EDV-Qualität, doch seien in den einzelnen Direktionen in verschiedenen Bereichen unterschiedliche Einzellösungen zur Anwendung gekommen. Setzt man die Motion um, kann man – wie aus dem Bericht ersichtlich – jährlich je nach Umsetzungsgrad zwischen 28 und 50 Mio. Franken sparen. Doch muss man sich bewusst sein, dass dies Investitionen zwischen 20 und 45 Mio. Franken erfordern würde, die wir zu bewilligen und tätigen bereit sein müssten.

In der berühmten Ziffer 6 haben, glaube ich, die OAK und die FiKo zum Regierungsrat inhaltlich keine Differenz. Beide Parteien wollen, dass die Firma AWK, die den Bericht erstellte, jetzt die Arbeit auch weiterführt. Sie haben sehr viel Know-how, führten sehr viele Befragungen durch und verfügen über sehr viele Informationen. Das müssen wir nutzen; es wäre schade, wenn wir davon nicht profitierten und den Auftrag einer anderen Firma, die es zweifellos gäbe, übertrügen. Darum ist es sinnvoll, dass die Firma AWK die Projektarbeiten weiterführt. Der Bericht zeigt klar auf, dass zwingend mehrere Regierungsräte in das Projekt involviert werden müssen, um überhaupt zu einer einheitlichen Strategie zu gelangen. Die BDP-Fraktion unterstützt die FiKo-Motion, in Ziffer 6 mehrheitlich den Antrag der Regierung auf Ablehnung. Doch möchten wir auch, dass die OAK respektive GPK und die FiKo weiterhin involviert wären.

Franziska Schöni-Affolter, Bremgarten (glp). Ich kann es kurz machen, vieles wurde bereits gesagt. Ich möchte nur daran erinnern, dass es gesamthaft ein enormes Optimierungspotenzial bei der ICT im Kanton gibt. Im 300-seitigen Bericht sind 46 Empfehlungen in 9 Schwerpunkte gruppiert, die ein jährliches Sparpotenzial von mindestens 25 Mio. Franken beinhalten. Das ist kein Pappenstiel. Ich komme noch rasch auf Ziffer 3 und Ziffer 6 der Motion zu sprechen. Eine der ersten Empfehlungen ist, dass die ICT eine klare Führungsstruktur erhalten sollte. Das ist, was wir in Ziffer 3 fordern. Ich kann das Beispiel aus St. Gallen anführen, das in diesem Buch ebenfalls aufgeführt ist. Dort wurde die Reorganisation der ICT zur Chefsache erklärt, die Regierungsräte waren involviert als Leader der Reorganisation. Wir möchten, dass diese Empfehlung auch im Kanton Bern beherzigt wird. Betreffend Ziffer 6 bin ich mit Jürg Iseli einverstanden, dass die GPK und FiKo klar einzubeziehen sind. Das war grundsätzlich der Zweck der Ziffer. Wir sind damit einverstanden, dass da nicht ganz neu ausgeschrieben wird. Wir wollten Druck erzeugen, was uns offenbar gelungen ist. Wichtig ist, dass die Motion jetzt überwiesen wird als Signal an die Regierung, damit es jetzt endlich vorwärts geht. Die glp stimmt der Motion in allen Ziffern zu.

Hans-Jörg Pfister, Zweisimmen (FDP). Die FDP-Fraktion unterstützt diese FiKo-Motion und findet es gut, dass ein gewisser Druck aufrechterhalten wird, um dieses Problem zu lösen. Ziffer 1–5 und Ziffer 7 überweist die FDP gemäss Antrag Regierungsrat. Bezüglich Ziffer 6 haben wir unsere Bedenken, weil wir damit doch sehr tief in den operativen Bereich eingreifen würden. Hier möchten wir uns heraushalten, weshalb wir diese Ziffer mehrheitlich nicht unterstützen werden. Allgemein Ja, aber bezüglich Ziffer 6 eher Nein.

Beatrice Simon-Jungi, Finanzdirektorin. Eigentlich könnte ich mein Votum ganz kurz halten, denn nachdem man all die Rednerinnen und Redner gehört hat und auch aus den Antworten des Regierungsrats ist ja ersichtlich, dass wir keine riesigen Differenzen haben. Ich werde kein langes Votum abgeben, doch ist mir wichtig, zwei, drei Sachen trotzdem noch zu sagen, weil es eigentlich ein abendfüllendes Thema ist. Liebe Grossrätinnen und Grossräte, das wird uns noch einige Male beschäftigen, sowohl den Regierungsrat wie auch Sie.

Ich teile das Anliegen der Motionäre, dass die Empfehlungen aus dem UPI-Bericht rasch und vollumfänglich umgesetzt werden sollen. Will man aber 46 Empfehlungen seriös umsetzen, braucht es dafür halt auch eine gewisse Zeit. Dafür bitte ich um Verständnis. Anfang April wurde der Bericht der GPK und der FiKo vorgestellt. Danach machte ich mich mit meinen Leuten sofort an die Arbeit, verfasste einen Bericht, wie die Sache anzugehen wäre, und befasste auch den Regierungsrat damit. Er hat einfach noch nicht entschieden; wir stecken noch in den Diskussionen, weil es doch noch Diverses zu bereinigen gibt. Aufgrund der Gespräche mit Mitgliedern des Grossen Rats nachdem die Motion eingereicht worden war, spürte ich klar, dass das Hauptanliegen der Grossrätinnen und

Grossräte war, Druck aufzusetzen, damit das Problem rasch angegangen werde. Wie gesagt, nahm ich es tatsächlich sofort in Angriff. Aber ich spürte auch noch etwas anderes. Im Bericht ist zu lesen, man könne Geld sparen – ziemlich hohe Beträge. Nach meiner Interpretation der Gespräche ist primär ein grosses Anliegen, so rasch als möglich Geld zu sparen. Das wollen wir auch. Aber lesen Sie den Bericht gründlich! Darin steht nämlich, wir müssten zuerst investieren, und zwar ziemlich viel mehr, bevor wir sparen könnten. Müssen wir die Investitionen tätigen, werde ich darauf angewiesen sein, dass Sie diese umsetzen helfen.

Der Regierungsrat nimmt ausser Ziffer 6 ja alle Anliegen als Motion an. Ziffer 6 lehnen wir ab, weil etwas gefordert wird, was wir so nicht erfüllen können. Da steht nämlich: «Die Ausschreibung der externen Projektleitung hat in enger Absprache mit der GPK und der FiKo zu erfolgen. Diese sind namentlich bei der Auswahl der Auftragnehmerin und beim Verfassen des präzisen Auftrags beizuziehen.» Das ist aber eigentlich schon erledigt. Und für die Zukunft – das ist in der regierungsrätlichen Antwort sehr ausführlich erläutert – hat der Regierungsrat es so aufgegleist, dass auch die Folgeaufträge das Unternehmen bekommen sollte, welches bereits Vorarbeiten geleistet hat. Es ergibt keinen Sinn, wieder bei Null anzufangen. So gesehen haben wir eigentlich keine Differenz. Auch aufgrund der Aussagen des FiKo-Präsidenten Jürg Iseli habe ich das festgestellt. Mir stellt sich aber das Problem, dass der Regierungsrat seine Antwort aufgrund des schriftlichen Antrags verfasste. Jetzt habe ich nicht die Zeit, ihn anzufragen, ob ich diesbezüglich die Antwort abändern könnte. Ich glaube, Sie verstehen mich; Sie spüren auch, dass wir wünschen, dass die AWK weiterhin für uns arbeitet, weil sie gute Arbeit geleistet hat. Ohne Rückfrage kann ich die Antwort nicht abändern, aber Ihnen versichern, dass dies auch in unserem Interesse ist. Die Formulierung mag nicht optimal sein, doch wollen wir nun ja nicht beginnen, Erbsen zu zählen, sondern Probleme lösen. Ich danke Ihnen für die Unterstützung der Motion

Präsidentin. Nous allons faire deux votes. Puisque les points 1 à 5 et le point 7 n'ont pas été contestés, je prendrai cela de manière groupée. Puis, nous voterons sur le point 6 séparément. Donc, ceux qui acceptent les points 1 à 5 et le point 7 votent oui, ceux qui refusent votent non.

Abstimmung (Ziff. 1–5 und Ziff. 7)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja	145
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin. Vous avez accepté ces points à l'unanimité. Nous passons au deuxième vote sur le point 6. Ceux qui acceptent le point 6 votent oui, ceux qui refusent le point 6 votent non.

Abstimmung (Ziff. 6)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja	101
Nein	41
Enthalten	3

Präsidentin. Vous avez accepté ce point 6.